

Deutsche Konjunkturperspektiven 2009/2010: Im Sog der Weltrezession¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich im Frühjahr 2009 in der tiefsten Rezession seit der Großen Depression. Der Abschwung verschärfte sich im Herbst zu einem regelrechten Einbruch, der rasch nahezu alle Länder der Welt erfasste. Auch umfangreiche staatliche Programme zur Stützung des Finanzsektors und zur Belebung der Konjunktur konnten bislang das Vertrauen der Akteure in die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht wieder herstellen.

Eine Abkühlung der Weltkonjunktur hatte sich bereits im Verlauf des Jahres 2007 angedeutet. Zu Beginn des vergangenen Jahres war die konjunkturelle Schwäche noch weitgehend auf die USA beschränkt. Danach setzte auch in den übrigen Industrieländern ein Abschwung ein. Die dramatische Zuspitzung der Situation an den Finanzmärkten im September 2008, die in dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers kulminierte, löste dann einen schweren Einbruch der Produktion aus, der auch die Schwellenländer erfasste, die sich zuvor noch recht robust gezeigt hatten. Die Stärke des Abschwungs im Winterhalbjahr 2008/09 erklärt sich so auch daraus, dass die Produktion nahezu überall auf der Welt gleichzeitig auf Talfahrt war. Unter den Industrieländern waren von dieser Entwicklung Japan und Deutschland, deren Wirtschaften eine hohe Exportabhängigkeit aufweisen, besonders stark betroffen.

Deutliche Hinweise auf ein Ende des Einbruchs sind bislang noch nicht erkennbar, auch wenn einige Indikatoren darauf hindeuten, dass Produktion und Nachfrage in den kommenden Monaten langsamer abnehmen werden. Nach Ansicht der Institute wird die Abwärtsbewegung wohl erst im Winterhalbjahr 2009/2010 auslaufen. Die sich anschließende konjunkturelle Belebung dürfte zunächst nur wenig Dynamik entfalten. Ein Kernproblem bleibt die anhaltende Verunsicherung an den Finanzmärkten, die vor allem auf Sorgen bezüglich der Solvenz einzelner Banken beruht und den Geldfluss zwischen den Wirtschaftsakteuren spürbar verlangsamt hat. In der Prognose ist unterstellt, dass die Situation an den Finanzmärkten vorerst labil bleibt, es aber nicht zu einer neuerlichen dramatischen Verschärfung der Lage kommt.

In wichtigen Ländern kommt eine Depression am Immobilienmarkt hinzu, deren Ende noch nicht absehbar ist, und die den Abschreibungsbedarf der Banken erhöht. Erfahrungsgemäß sind Rezessionen, die mit Immobilien- und Banken Krisen einhergehen, tiefer und vor allem schwerer zu überwinden als Rezessionen, in denen solche Probleme nicht prominent sind.

Alles in allem rechnen die Institute damit, dass die Produktion in den Industrieländern 2009 mit einer Rate von 4,2% drastisch zurückgeht, 2010 fällt sie nochmals geringfügig. Dabei nimmt die Arbeitslosigkeit massiv zu, und die Produktionslücke wird am Ende des Prognosezeitraums erheblich sein. Dies dürfte dazu führen, dass die Inflation in der Grundtendenz weiter sinkt. In den Schwellenländern wird die Wirtschaft insgesamt 2009 nur leicht schrumpfen. Dies ist aber vor allem der anhaltenden, wenn auch schwächeren Expansion in den beiden großen Ländern China und Indien geschuldet. In den übrigen asiatischen Schwellenländern und in Lateinamerika sowie in Russland geht das Bruttoinlandsprodukt deutlich zurück. Für 2010 ist eine moderate Erholung der wirtschaftlichen Aktivität in den meisten Ländern zu erwarten. Die Weltproduktion dürfte 2009 kräftig schrumpfen. Noch dramatischer ist die Entwicklung im Welthandel, für den ein Rückgang um etwa 15% zu erwarten ist. Im kommenden Jahr dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt wieder leicht zunehmen. Mit einer Rate von rund 0,5% fällt der Zuwachs allerdings im historischen Vergleich sehr niedrig aus, und auch der Welthandel steigt zunächst nur sehr verhalten.

Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2009 in der tiefsten Rezession seit der Gründung der Bundesrepublik. Als Folge der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im vergangenen Herbst hat sich der globale Abschwung dramatisch verschärft. Dadurch ist die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern eingebrochen, und dies hat die Exportindustrie, die treibende Kraft hinter dem vergangenen Aufschwung, extrem hart getroffen. Da die deutsche Industrie auf Investitions- und langlebige Gebrauchsgüter spezialisiert ist, hatte sie überproportional von der wirtschaftlichen Expansion bei den Handelspartnern profitiert. Nun aber ist sie in besonderem Maße betroffen, weil die Nachfrage nach diesen

¹ Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Waren im Zuge der Weltrezession außerordentlich zurückgeht. Mittlerweile hat sich die Krise auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausgebreitet. Auf Basis der vorliegenden Indikatoren erwarten die Institute zwar, dass die Abwärtsdynamik fortan nachlässt, sie rechnen aber nicht mit einer Stabilisierung vor Mitte 2010.

Bereits im Jahr 2008 war die gesamtwirtschaftliche Produktion nach einem ungewöhnlich guten Auftaktquartal mit zunehmenden Raten geschrumpft. Dabei machten sich die außenwirtschaftlichen Bremskräfte nach der Jahresmitte mehr und mehr bemerkbar. Nachdem die Auslandsaufträge für die deutsche Industrie schon im Verlauf der ersten Jahreshälfte in der Tendenz zurückgegangen waren, brachen sie ab September regelrecht ein. In der Folge kollabierte die Produktion im verarbeitenden Gewerbe. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 verschärfte sich die Abwärtsbewegung sogar noch. Sowohl Tempo als auch Ausmaß des Rückgangs sind in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Für das Auftaktquartal 2009 deuten Frühindikatoren darauf hin, dass sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion beschleunigt hat. Auftragseingänge und Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe sind im Verlauf der ersten beiden Monate noch einmal dramatisch eingebrochen und die Geschäftslage in der gewerblichen Wirtschaft wurde zunehmend schlechter beurteilt. Für die kommenden Monate lassen das schwierige weltwirtschaftliche Umfeld und die vorlaufenden Indikatoren auf eine weiter rückläufige Produktionstätigkeit schließen. Zwar dürfte die Abwärtsdynamik ihren Höhepunkt überschritten haben; der Auftragsrückgang hat sich im Februar etwas verlangsamt und die ifo Geschäftserwartungen haben sich seit Dezember 2008 leicht verbessert. Dennoch bleibt die konjunkturelle Grundtendenz abwärts gerichtet.

Infolge der weiterhin desolaten Absatzsituation im Ausland ist mit erneut sinkenden Ausfuhren zu rechnen. Auch die Unternehmensinvestitionen dürften weiter zurückgefahren werden. Dagegen dürften die Bauinvestitionen anziehen, weil die Investitionsprogramme der öffentlichen Hand zum Tragen kommen. Auch ist zu erwarten, dass der private Konsum zunächst stützend wirkt. Mit dem zunehmenden Arbeitsplatzrisiko wird sich die Konsumneigung aber verschlechtern, so dass der private Verbrauch zum Jahresende 2009 deutlich sinkt. Alles in allem wird sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 voraussichtlich um 6 % verringern (vgl. Tab. 1).

Dies dürfte zu einem sich beschleunigenden Abbau der Beschäftigung führen. Zwar wird der Einsatz von Kurzarbeit den Beschäftigungsabbau zunächst abfedern, doch werden sich Unternehmen zunehmend gezwungen sehen, den Personalbestand zu reduzieren, je länger die

Kapazitäten unterausgelastet sind. Im Jahresverlauf 2009 ist mit einem Verlust von mehr als 1 Mill. Arbeitsplätzen zu rechnen. Spiegelbildlich wird die Arbeitslosigkeit hochschnellen und im Herbst die Marke von 4 Mill. überschreiten.

Für 2010 erwarten die Institute keine durchgreifende Erholung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 0,5 % sinken. Zum Jahresende ist mit knapp unter 5 Mill. Arbeitslosen zu rechnen.

Das Verbraucherpreisniveau ist in der Tendenz rückläufig. Die gesunkenen Rohölpreise werden weiter auf die Preise für Erdgas und Strom durchwirken. Daneben werden die desolate Nachfragesituation und die unterausgelasteten Kapazitäten Druck auf die Kerninflation ausüben. Da sich diese Anpassungsprozesse aber nur allmählich vollziehen, ist für den Jahresdurchschnitt 2009 noch ein leichtes Anziehen der Verbraucherpreise um 0,4 % zu erwarten. Im Jahr 2010 werden sie in etwa stagnieren.

Die Konjunkturprogramme, die wegbrechenden Steuer- und Beitragseinnahmen sowie kräftig steigende Arbeitsmarktausgaben werden die öffentlichen Budgets erheblich belasten. Für das Jahr 2009 wird das Finanzierungsdefizit auf 89 Mrd. € hochschnellen, was einer Defizitquote von 3,7 % entspricht. Aufgrund weiter rückläufiger Produktion und steigender Arbeitslosigkeit erwarten die Institute für das kommende Jahr einen Fehlbetrag von 133 Mrd. € und eine Defizitquote von 5,5 %.

Die Prognose basiert vor allem auf der Annahme, dass es zu einer, wenn auch sehr langsamen, Gesundung des internationalen Bankensystems kommt, weil die staatlichen Rettungsmaßnahmen allmählich wirken. Diese Annahme ist mit großer Unsicherheit behaftet. Das globale Bankensystem hat weiter mit enormen Bilanzrisiken und Eigenkapitalproblemen zu kämpfen, die durch die Rezession und den damit zu erwartenden Anstieg der Zahl der Unternehmensinsolvenzen noch vergrößert werden dürften. Daher ist keineswegs auszuschließen, dass es zu einer erneuten Vertrauenskrise kommt. Die Folge könnte ein nochmaliger Einbruch bei Bestellungen und Produktion sein. Dann wäre ein Abgleiten in eine weltweite deflationäre Abwärtsspirale nicht unwahrscheinlich.

Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken, denn es ist ebenso gut möglich, dass sich die Konjunktur in Deutschland schneller erholt als prognostiziert. Könnte die internationale Bankenkrise rasch gelöst werden und die Kreditvergabe schon bald wieder annähernd wie in normalen Zeiten funktionieren, dann würde die expansive Geldpolitik voll wirken. In Deutschland könnte so der Anstieg der Arbeitslosigkeit erheblich gemildert werden, weil die Firmen bei wieder verbesserten Absatzperspektiven Entlassungen tendenziell vermeiden würden.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	3,0	2,5	1,3	-6,0	-0,5
Westdeutschland ^a	0,9	2,9	2,5	1,3	-6,0	-1/2
Ostdeutschland ^b	0,1	3,3	2,5	1,1	-5,0	-1,0
Erwerbstätige ^c (1.000 Personen)	38.851	39.097	39.768	40.330	39.822	38.702
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.861	4.487	3.776	3.268	3.718	4.688
Arbeitslosenquote ^d (in %)	11,1	10,3	8,7	7,5	8,6	10,8
Verbraucherpreise ^e						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,5	1,6	2,3	2,6	0,4	0,0
Lohnstückkosten ^f						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-1,0	-1,2	0,4	2,1	2,8	-1,3
Finanzierungssaldo des Staates ^g						
in Mrd. €	-74,3	-35,9	-4,2	-3,3	-89,2	-132,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,3	-1,5	-0,2	-0,1	-3,7	-5,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	114,7	150,9	191,3	164,9	61,05	70,7
a) Einschließlich Berlin. – b) Ohne Berlin. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).						

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2009 und 2010: Prognose der Institute.

Mit Blick auf die mittlere Frist besteht eine wesentliche Konsequenz der Finanzkrise darin, dass Kapital dauerhaft teurer sein wird, weil sich die Risikoeinschätzung der Marktteilnehmer nachhaltig ändert. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wird dadurch die Sachkapitalbildung. Zudem ist die Produktionsstruktur der deutschen Wirtschaft gegenwärtig noch an einen weltwirtschaftlichen Nachfrageboom angepasst, der nach Ende der Rezession so nicht wiederkehren dürfte. Daher müssen das Produktionspotential und sein Wachstum derzeit deutlich niedriger eingeschätzt werden als noch vor einem Jahr.

Exkurs: Ostdeutschland

Auch die ostdeutsche Wirtschaft gerät zunehmend in den Sog der Weltrezession. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Produktionsanstieg deutlich an Dynamik eingebüßt; das Bruttoinlandsprodukt hatte etwas langsamer als in den alten Ländern zugenommen. Ausschlaggebend dafür waren strukturelle Gründe. So wurde der nach wie vor überdimensionierte öffentliche Sektor weiter zurückgefahren; zudem dämpfte der anhaltende Rückgang der Einwohnerzahl den Anstieg der Kaufkraft

und bremste so die Expansion in den konsumnahen Wirtschaftszweigen wie dem Handel. Das verarbeitende Gewerbe expandierte im Verlauf des Jahres zunächst noch recht kräftig, wenn auch nur halb so stark wie im Vorjahr. In den alten Ländern hatte die industrielle Wertschöpfung im Gegensatz dazu nur noch geringfügig zugenommen.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres setzten sich allerdings auch im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe rezessive Tendenzen durch, die nach der Jahreswende andauerten. Der Produktionseinbruch nahm seinen Ausgangspunkt beim Export; er war bislang weniger stark als in den alten Ländern, da die Auslandsorientierung der ostdeutschen Unternehmen geringer ist als die der westdeutschen und weil die zunächst betroffenen Zweige des Investitionsgütersektors wie der Kraftfahrzeugbau und der Maschinenbau ein geringeres Gewicht besitzen als in Westdeutschland.

Der Rückgang der Industrieproduktion dürfte sich zunächst fortsetzen, auch weil der Einbruch beim Export in Westdeutschland über die Produktionsverflechtungen die ostdeutschen Produzenten von Vorleistungsgütern mehr und mehr erreichen wird. Zudem sinkt inzwischen die Nachfrage nach Investitions- und nach Konsumgütern. Stabilisierend wirkt die gegenüber Produzenten aus den alten Ländern erneut verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Während die Lohnstückkosten im Osten zuletzt stagnierten, legten sie im Westen zu (vgl. Tab. 2).

Im Sog der rückläufigen Produktion an Industriegütern werden die Leistungen des Verkehrsgewerbes und der wirtschaftsnahen Dienstleister weniger nachgefragt. Auch die konsumnahen Wirtschaftsbereiche müssen der Rezession Tribut zollen, allerdings dürfte hier die Schwäche weniger ausgeprägt sein, da das Ernährungsgewerbe – das erfahrungsgemäß weniger konjunkturagibel ist – in den ostdeutschen Flächenländern über eine starke Stellung verfügt. Das Baugewerbe wird dagegen durch die beiden Konjunkturpakete angeregt, so dass es nach dem witterungsbedingten Einbruch der Produktion zu Jahresbeginn auf Wachstumskurs einschwenken dürfte. Alles in allem rechnen die Institute für 2009 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um 5 %.

Die Rezession macht sich inzwischen auch am ostdeutschen Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt im Jahr 2009 erstmals seit 2005 wieder, und zwar um etwa 60.000 Personen. Besonders betroffen ist bisher das verarbeitende Gewerbe, jedoch dürfte dies nun auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausstrahlen. Weniger stark dürfte der Personalbestand im Baugewerbe eingeschränkt werden, da von den Investitionsprogrammen merkliche Impulse ausgehen. Insgesamt dürfte die Beschäftigung in Ostdeutschland

weniger stark sinken als in Westdeutschland, weil der Rückgang der Produktion in den neuen Ländern weniger ausgeprägt ist. Produktion und Beschäftigung sinken in diesem Jahr in Ostdeutschland weniger als im Westen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird infolge des nochmals kräftigen Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials (–120.000 Personen) sinken. Die Arbeitslosenquote wird mit 13,8 % allerdings immer noch deutlich höher sein als in Westdeutschland.

Zur Wirtschaftspolitik

Für die Wirtschaftspolitik muss es Priorität haben, die volle Funktionsfähigkeit des Bankensektors wiederherzustellen. Zwar hat die Bundesregierung rasch mit einem Rettungspaket reagiert. Die Probleme im Bankensektor sind aber nicht beseitigt. Es besteht das Risiko, dass es zu einer regelrechten Kreditklemme kommt. Daher ist es die dringendste Aufgabe der Politik, die Rekapitalisierung der Banken voranzubringen. Durch ein Zuwarten könnte sich die Situation zuspitzen, zumindest würde die Krise sehr lange andauern. Damit drohte eine Entwicklung wie in Japan in den 1990er Jahren.

In den Industrieländern wurden unterschiedliche Vorgehensweisen gewählt, um die Probleme im Bankensektor anzugehen, und sicherlich gibt es keine Blaupause für den besten Weg. Es scheint jedoch unumgänglich, dass die Bundesregierung den Druck auf die Banken erhöht und sie notfalls zwingt, staatliche Hilfen anzunehmen. Selbst eine Verstaatlichung stellt ein geringeres Übel dar als ein Andauern der Schwierigkeiten. Je früher es gelingt, eine Normalisierung der Situation herbeizuführen, umso eher können andere Maßnahmen der Wirtschaftspolitik die Konjunkturaussichten verbessern. Insbesondere würde die Wirksamkeit der Geldpolitik erhöht werden.

Angesichts der Tiefe des konjunkturellen Einbruchs und der niedrigen Inflation im Euroraum sollte die Europäische Zentralbank den maßgeblichen Leitzins auf 0,5 % senken. Jedoch wäre sogar ein Zins von null keine ausreichende Reaktion auf die Krise. Vielmehr sollte die EZB ihre Tendersgeschäfte längerfristiger als bisher gestalten, wie sie es offenbar auch plant. Wenn ein nachhaltiger Rückgang der Kreditvolumina oder Geldmengenaggregate im Euroraum nicht anders verhindert werden kann, sollte die EZB zu einer Politik der quantitativen Lockerung übergehen, also Unternehmens- und Staatsanleihen kaufen. Zwar scheint eine Umgehung des Bankensektors weniger Erfolg versprechend als etwa in den angelsächsischen Ländern. Zudem ist die Entscheidung, welche Staatsanleihen erworben werden sollen, für eine supranationale Zentralbank wie die EZB politisch brisant.

Tabelle 2: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin), in jeweiligen Preisen											
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Westdeutschland = 100											
Bruttoinlandsprodukt											
nominal je Einwohner ^a	33,6	60,6	63,1	63,8	65,6	66,6	67,5	67,3	68,0	68,7	69,4
Bauinvestitionen											
nominal je Einwohner ^a	73,8	186,0	124,6	106,6	102,8	105,0	102,4	99,1	89,3	–	–
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen											
nominal je Einwohner ^a	58,3	105,0	85,2	72,0	64,0	62,5	68,0	64,5	66,3	–	–
Arbeitnehmerentgelt											
je Arbeitnehmer ^a	49,8	74,8	76,8	76,9	77,0	77,2	77,4	78,0	78,2	78,1	78,0
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer ^a			70,1	70,6	71,4	71,8	72,5	73,1	73,5	74,0	74,1
Arbeitsproduktivität											
je Erwerbstätigen ^{a,b}	35,2	66,4	72,2	74,0	76,1	76,7	77,4	77,3	77,5	77,7	78,5
je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen ^{a, b}			67,1	69,2	71,6	72,4	73,3	73,1	73,5	74,2	75,1
Lohnstückkosten ^{a, c}											
Basis Personen	141,4	112,7	106,4	103,9	101,2	100,6	100,0	100,9	100,9	100,5	99,4
Basis Stunden			104,4	102,1	99,6	99,2	98,9	99,9	100,0	99,7	98,6
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr											
Bevölkerung ^a											
Ostdeutschland	–	–0,4	–0,6	–0,8	–0,9	–0,8	–0,7	–0,7	–0,7	–0,8	–0,8
Westdeutschland	–	0,4	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	–0,0	–0,0	–0,0
Erwerbstätige (Inland) ^a											
Ostdeutschland	–	2,1	–0,9	–1,6	–1,6	–1,2	0,1	–0,8	0,6	1,7	0,8
Westdeutschland	–	–0,1	2,4	0,8	–0,4	–0,9	0,4	0,1	0,6	1,7	1,5
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) ^a											
Ostdeutschland	–	–	–2,4	–3,0	–3,1	–1,8	–0,0	–1,3	0,3	1,2	0,5
Westdeutschland	–	–	1,2	–0,1	–1,1	–1,3	0,7	–0,5	0,5	1,9	1,5

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – c) Im Inland entstandene Arbeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2009); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Rechenstand: März 2009); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2009); Berechnungen der Institute.

Doch wenn die Wahl besteht, entweder Anleihen zu erwerben oder eine Deflation in Kauf zu nehmen, stellt ersteres das kleinere Übel dar.

Die Finanzpolitik hat mit zwei Konjunkturpaketen auf die Rezession reagiert. Sie enthalten mit den Investitionsprojekten, den Senkungen der marginalen Steuersätze und der Reduktion der Sozialabgaben Maßnahmen, die das Wachstum mittelfristig fördern können. Daher ist es vertretbar, sie vorübergehend über Verschuldung zu finanzieren. Dies gilt allerdings nicht für Maßnahmen, die kurzfristig den Konsum anregen sollen und dabei verzerrend wirken, wie die „Abwrackprämie“ für ältere Autos.

Vor allem vor dem Hintergrund der absehbaren Zunahme des Budgetdefizits ist ein weiteres Konjunkturpaket unter den derzeitigen Umständen abzulehnen.

Eine expansivere Finanzpolitik ist aus Sicht der Institute nur unter bestimmten Bedingungen vertretbar. Sollten die Bemühungen der Staaten des Euroraums um eine Sanierung des Bankensektors scheitern, und sollte sich deshalb die Finanzkrise europaweit zuspitzen und eine Kreditklemme entstehen, würden sich die wirtschaftlichen Aussichten abermals deutlich verschlechtern. Wenn selbst eine unkonventionelle Geldpolitik nicht in der Lage wäre, der Wirtschaft Impulse zu geben, sollten zusätzliche Maßnahmen der Finanzpolitik diskutiert werden, die auf europäischer Ebene abzustimmen wären.

¹ Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2009, S. 3–81.